

# Rieder Tagblatt

Drahtverbindungs  
Kugelkette Silber.  
Gesamt L. ca. 30.  
Vergoldet H. ca. 10.

Das Weisert-Zeugblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Greifswald, des Amtsgerichts und der Amtskanzlei des Amtsgerichts Stieza, des Rates der Stadt Stieza, des Finanzamts Stieza und des Hauptzollamts Weishen beständlicherseits bestimmte Blatt.

Weltbildcenter  
Dresden 1300  
Oststraße  
Wiese Bz. A.

-K- 236

Weniger - S. Fischer 1928, abends

• 100 •

Wichtiger Ausgangspunkt erreichbar durch Zug oben ab 1,8 Uhr mit Erhöhung der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2. März 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Fall von Überschreitung des Grabstättensatzes, Schädigungen der Säume und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Einzelne Kosten des Friedhofsganges sind ab 3 Uhr vormittags aufzufordern und im voran zu bezahlen; eine Gebühr für das Weiternahmen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht überkommen. Grundpreise für einen Tag: 4 zum halben Grabstättensatz, 6 für Gilde, 10 für Gold-Urnenge; die 20 zum doppelten Urnenpreise 100 Gold-Urnenge; steinbewehrter und tabellarischer Zug 50% Mafschlag. Feste Tarife. Richter Mahlzeit entfällt, wenn der Beifall benötigt, durch Fliege eingespien werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Schließungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schätzige Unterhaltungsbetriebe — Im Falle höherer Gewalt — Freig über sonstige ungewöhnliche Schäden des Betriebes der Deichsel, der Dächerdecken oder der Beförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher Anspruch auf Abstellung oder Nachförderung der Beifall ebenso auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsbetrieb nach Berlin: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 49. Verantwortlich für Reklamation: Heinrich Uhlemann, Riesa. Ihr Auskunftsstellen: Wilhelm Ottmann, Riesa.

#### **Bartholomew's Gazetteer of the British Isles**

Von all den Ländern, die als die glücklichen Erben des liquidierten Weltkrieges anzusprechen sind, ist Polen diejenige Nation, die auf Grund der Friedensverträge am reichsärmsten mit Minderheiten dotiert wurde. Fast 40 Prozent der polnischen Bevölkerung gehören nicht der polnischen Rasse an. Sie verteilen sich unter Deutsche, Ukrainer, Juden, Litauer und Russen. Das bei einer so starken Durchsetzung der Bevölkerung eines Staates mit fremdstämmigen Minderheiten gewisse Schwierigkeiten in der Verwaltung des Landes entstehen müssen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß solche Schwierigkeiten nicht durch Ausnahmegesetze gegen diese Minderheiten beseitigt werden können. Ein Druck erzeugt bekanntlich immer einen Gegendruck. Wenn sich in Polen die Bewegung des bodenständigen Deutschstums gegen die polnische Herrschaft so stark bemerkbar macht, so ist dies nur ein Hinweis darauf, wie stark der Druck sein muß, der von der polnischen Zentrale auf diese deutsche Bevölkerung ausgeübt wird. Polen als ein junger Staat hat ohne Bedenken und jede Kritik gewisse veraltete Verwaltungsmethoden schon lange bestehender Minderheitsstaaten angenommen, hat sich das Dogma zu eigen gemacht, daß die staatliche Einheit in einer Nation mit starken Minderheiten nur durch eine rücksichtslose Entrationalisierung der fremden Bevölkerungsschichten gewährleistet werden kann. Wenn die deutschen Minderheiten in Polen sich genötigt fühlen, immer und immer wieder gegen die Warschauer Verwaltungsmethoden zu protestieren, wenn die Reichsregierung pflichtgemäß wiederholt wegen der polnischen Machenschaften in Posen und Polnisch-Oberschlesien an den Volksbund appellieren mußte, so waren diese Wirkungen, die einfach nicht ausbleiben konnten.

Der Völkerbund hat zwar in seinen Statuten die Rechte der Minderheiten geregelt. Es ist auch das fiktive Bestreben einer jeden Völkerbundsnation mit starken Minderheiten, wenigstens in der Weltöffentlichkeit den Glauben zu bestreiten, daß von ihr aus alles getan werde, was diesem Recht Gestaltung verschaffen müßte. Auch Polen hat im Völkerbundsrat stets schierlich versucht, daß es die Bestimmungen des Minderheitenrechts erfüllt werde, und daß im übrigen durch die polnischen Verwaltungsmahnahmen diesem Recht voll Rechnung getragen werde. Um sich so den Schein einer lokalen Mitwirkung an der Durchführung der Minderheitsrechte zu geben, hat Polen auch Minderheitsschulen eingerichtet und nach außen hin alles so organisiert, daß es so aussieht, als hänge sich die polnische Regierung den Bestimmungen des Völkerbundes. Werden von der deutschen Bevölkerung in Warschau Klagen vorgebracht, so werden diese Klagen von Polen auch nicht ohne weiteres abgetan. Man gibt sich in Warschau kulturelle, juristische und völkerrechtliche Argumentationen zu konstruieren, die das Unbegründete der Klagen normieren sollen. Im übrigen ist ja auch der Völkerbund, wenigstens heute noch, mehr eine politische als eine rechtliche Institution, was besagt, daß die Streitigkeiten, die vor den Rat gebracht werden, mehr nach politischen als nach Erwägungen eines geltenden Rechtes entschieden werden.

Wenn man die Warschauer Entnationalisierungsbemühungen und die in einem großen Gegensatz zu den Bestimmungen des Minderheitenrechts stehenden Ausnahmevergleiche kennenlernen will, so muss man sich an die Praxis halten. Es gibt in Polen Minderheitsschulen. Aber diese Minderheitsschulen verringern sich von Jahr zu Jahr mehr. Schon allein durch die Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung in Polen in den letzten Jahren numerisch kaum zurückging und dass trotzdem jedes Jahr wieder einige Minderheitsschulen geschlossen werden, ist ein Beweis dafür, dass hier ein ganz planmäßiges Vorgehen der Warschauer Amtesstellen vorliegt. Wie gestaltet sich nun diese polnische Methode? In der Stadt Bielitz fest sich die Bevölkerung zu ungefähr 80 Prozent aus Deutschen zusammen. Hat jedes Jahr wird in dieser Stadt eine oder sogar mehrere Minderheitsschulen geschlossen. Die noch bestehenden Minderheitsschulen werben für ihre Aufgaben dadurch geschickt, dass man ihnen die Lehrkräfte nimmt, dass man ihnen nur dürfstiges Lehrmaterial zur Verfügung stellt, dass man das Niveau des Unterrichts herunterdrückt und so die ganzen Schulen an die niedrige Kulturaussöllung des Ostens anpasst. Der äußere Grund für eine Schließung der Minderheitsschulen lässt sich leicht finden. Warschau legt einfach die Mindestmenge der Schüler in den einzelnen Klassen so hoch wie nur irgend möglich heraus, um sie dann schließen zu können, wenn sich nicht genügend Schüler eingefunden haben. Völlig klar aus irgendeinem Gründen diese Methode nicht durchführbar, dann erlässt die polnische Schulbehörde irgendein Uras, nach dem die jüngsten Schüler einfach vom Schulunterricht ausgeschlossen werden. Man hat zu beachten, dass erst kürzlich auf Grund eines solchen Schulbeschlusses in Bielitz 48 deutsche Schüler von dem Schulbetrieb ausgeschlossen wurden. Wie geradezu tragisch diese Zustände für das Deutstum in Polen sind, das geht aus den Verhältnissen in Polen und Pommerellen hervor. Man zählt in diesen beiden Provinzen allein 15 170 deutsche Volksschüler, die schwangergemachten polnischen Schulen besuchen müssen. Einem starken Druck der deutschen Bevölkerung hat die polnische Regierung insolfern nachgegeben, als sie in gewissen Städten in den polnischen Schulen einen deutschen Unterricht einzuführt. Aber wie wird dieser deutsche Unterricht ausgeführt? Die Lehrer, die "Deutsch" lehren sollen, sind Polen, die leicht zum das Deutsche beherrschen. Das bei einem solchen Unterricht die deutschen Schüler ihre Muttersprache einfach verloren müssen, wenn sie nicht Gelegenheit hätten, im Elternhaus deutsch zu sprechen, ist selbstverständlich. Dieses System der Warschauer Regierung bei Werthebe. Da die polnischen Herren genau wissen, haben sie eine Entnationalisierung der

# Reine Unruhen in Wiener-Neustadt

\* Wiener Neustadt, den 7. Oktober. (Zelusion.

Methoden kann nur mit gleicher Münze geantwortet werden.“

Nach Dr. Steidle sprachen der zweite Bundesf黨rer Dr. Stremmer, sowie die F黨rer der einzelnen Verbände.

## **Zahlreiche Kommunikationsverarbeitungen**

\* Wien. Während der Sonnabendnacht und am Sonntag morgen sind auch in Wien zahlreiche Kommunihausbesetzungen, etwa 200 an der Zahl, vorgenommen worden. Die Stadt Wien bietet das gewohnte sonntägliche Bild. Der Unruhe ist nichts zu merken. Auch von der verhärteten Befehlsschafft der Polizei ist wenig zu sehen. In den Hauptstraßen laufen von Zeit zu Zeit berittene Polizisten auf. Die polizeiliche Bewachung der Polizeidirektion und anderer öffentlicher Gebäude geschieht unsichtbar.

## **Der Aufmarsch der Sozialdemokraten**

\* Wiener Neustadt. Gegen zwei Uhr waren bereits mehr als 2000 Mann Heimwehr abmarschiert. Bis vier Uhr waren bereits vier Flüge abgefertigt. Inzwischen kam der sozialdemokratische Aufmarsch um etwa 1,12 Uhr nachmittags begonnen. Von dem Balkon des Rathauses sprachen zu der Versammlung u. a. Dr. Renner, Leiner der Vizebürgermeister von Wiener Neustadt. Alle Reden galten dem Versuch gegen den Heimwehrmarsch, der als faschistische Demonstration und als Beweis für die faschistische Gefahrung der Heimwehren bezeichnet wurde. Die Heimwehren flingen in die Rufforderung an die Arbeiterschaft aus, den Kampf gegen den Faschismus mit all ihren Kräften zu führen.

Rams gegen den Faschismus mit allen Mitteln fortfahren. In seiner Rede beim Arbeitertag erneuerte Ramsauer Deutsches seinen Abrechnungsbeschluß und erklärte die ganze Welt bereit nun mehr, daß in diesem fiktiven vom Auslande abhängigen Österreich keine politischen Geheimnisse mehr seien, weder ein Extrem von links noch rechts. Wie müssen, so sagte er, auf dem Höhepunkt der Demokratie bleiben, denn nur so können wir Österreich das Vertrauen, daß es braucht, um leben zu können. Er schloß den 7. Oktober ein schwerer Schaden, so wie er bei weiterem Verlust, eine Diktatur von rechts oder von links aufzufinden an wollen, nicht anders enden als im vollständigen Zusammenbruch. Staatsanwalt a. D. Menzer fasste in seiner Rede, dieser Aufmarsch der Heimkehrer sollte kein Beispiel für den Marsch nach Wien werden, für die Zwischenwahlen und für Streiks wäre über kein Weg nach Wien. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft sei eine unüberwindliche Mauer gegen den Faschismus. Gewerkschaftsvertreter Oelmer erklärte, daß auch Niedersachsen dafür zum leichten Marsch gebraucht, daß die Demonstration und die Gedenkfeier staatliche und private Mittel in doppelter Höhe aufgewendet würden. Das Band brachte Ruhe und Freiheit.

#### **Die Worte des Wundesführers der Heimatmehr.**

\* Wiener Neustadt. (Tel.) Bei der Grundgesetzung der Heimwehr steht der erste Bundesführer Dr. Steidle einer Rede, in der es u. a. heißt: „Was bedeutet nun der Tag von Wiener Neustadt? Es ist kein Endpunkt, sondern nur eine erzielte Stappe in unserem Befreiungskampfe, den wir, die Vertreter der vaterländisch denkenden Bevölkerung führen für die Befreiung des Staates, für die Befreiung der einzelnen Bevölkerungsschichten von der Bedrückung durch eine übermächtig gewordene politische Machtgruppe. Der Tag von Wiener Neustadt bedeutet, daß das erste Mal seit 10 Jahren in diesem Staat dem roten Gesetzblut die Referenz verweigert wurde, daß dem Hochmut der Marxistenführer ein fester Wille gegenüberstand, dem marxistischen Wünsche nicht Befehl waren. Und dieses ist ein erfreuliches Anzeichen der beginnenden Genesung, gegenüber den Erziehungen der Krankheit unseres öffentlichen Lebens, die sich darin zeigte, daß unser Marx nach Wiener Neustadt überhaupt zum Gegenstand einer derartigen Ausbeleidung werden könnte, wie sie in einem wahrhaft demokratischen Staat nicht denkbar wäre. Diese Krankheit unseres staatsbürglerischen Lebens zu heilen, hat sich unser Verband zur Aufgabe gefestigt. Der Tag von Wiener Neustadt soll auf diesem Wege der Genesung einen Wendepunkt bedeuten. Man hält uns vor, daß Auftreten gegen die marxistische Weltordnung in Österreich bedeute den Bürgerkrieg, und man möchte uns nur allzugern zu Friedensstörernempfehlen. Wir führen keinen Kampf gegen die Arbeiter. Wir bekämpfen auch nicht den Sozialismus als Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, wohl aber führen wir einen erbitterten Krieg mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen den faschistisch-militärischen Marxismus, den wir als nationales Unglück unseres deutschen Volks ansiehen, weil er ein imperialistisches Phänomen aufweist.“ Auch terroristische

**Ueberall ruhiger Verlauf.**  
\* Wien. In Wiener Regierungskreisen ist man von dem ruhigen Verlaufe der Heimwehrtagung und des Arbeiterabends in Wiener Neustadt sehr befriedigt. Die Staatsautorität hat sich überall Geltung verschafft. Nicht ein einziger blutiger Zwischenfall, ja nicht einmal ein Unfall wie er bei so großen Menschenauflämmungen selbstverständlich ist, konnte verzeichnet werden. Die militärischen und polizeilichen Vorkehrungen waren sehr umfassend. Starke Formationen mit Maschinengewehren standen in Bereit-

Die Heimwehren waren auf ihrem ganzen Buge von einer viertausendköpfigen Menschenmenge stürmisch begrüßt. Einziger begrüßt als nachher der sozialdemokratische Demonstrationstag. Aus den Fenstern ging überall ein Blumenregen auf die Heimwehrleute nieder, die überall strafte Disziplin hielten. Während man im Buge der Sozialdemokraten viel Frauen marschierten sah, sah man bei den Heimwehren nur Männer. An dem Aufmarsch nahmen auch Abgeordnete des Deutschen Turnerbundes von 1818 und des Frontkämpferbundes teil. Der Turnerbund führte deutsche Kriegsflaggen mit sich und die Frontkämpfer trugen den Stahlhelm. Vor der ehemaligen Militärsakademie defilierten die Heimwehren unter stürmischen Hellkreuzen des Publikums vor dem Bundesführer Dr. Siebold. Nach dem Abmarsch ließ dann noch der Kommandierende der Bundesstruppen, General Schubert, die ausgebotenen Truppen an sich vorbeimarschieren. Dieses, für Wiener Neustadt ungewöhnliche militärische Bild, erzeugte viel Aufmerksamkeit.

Die am Nachmittag erschienenen Extraausgaben berichten Befestigungen, die viel gesäuft wurden, melden überall ruhiges Verlaufen. Der am Abend eingegangene leichtere Regen legt die Straßen überall seher machen.

erwünschten Bevölkerung einfach nicht durchführen läßt, so versuchen sie es bei den Kindern. Da wäre vielleicht zu man-

ischen, wenn sich der Völkerbund endlich einmal dieser ungünstigen Verhältnisse in Polen annehmen würde.